

Die verschwiegenen Besatzungsoffer im Irak und Wege aus der Eskalation

von Joachim Guilliard

GASTBEITRAG

Die systematische Zerstörung einer Gesellschaft

Die katastrophale Entwicklung im Irak ist seit Langem bekannt und u.a. durch eine umfangreiche Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bereits Anfang 2005 belegt. Dokumentiert wurde bereits damals beispielsweise eine alarmierende Unterernährung bei Kindern und eine fast dreimal so hohe Kindersterblichkeit, wie in den benachbarten Ländern.¹ Ein Grund dafür ist der fortgesetzte Zusammenbruch der einst vorbildlichen Krankenversorgung. In 160 der 180 Krankenhäuser fehlt, so die irakische Ärztekammer, mittlerweile selbst das Allernotwendigste. „Unsere Krankenhäuser ähneln mehr Scheunen, ohne elektrische Energie, Medizin, Ausrüstung und nun auch Ärzten“, so ein Mediziner gegenüber der Nachrichtenagentur IPS. Von den über 34.000 vor 2003 registrierten Ärzten hat mehr als die Hälfte das Land verlassen, mindestens 2.000 wurden ermordet.² Nicht nur die Gesundheitsversorgung, auch das Bildungswesen, die Strom- und die Wasserversorgung sind weit gehend zusammengebrochen. Und die humanitäre Situation verschlechtert sich immer weiter, wie zuletzt ein alarmierender Bericht der britischen Hilfsorganisation Oxfam zeigte. 70 Prozent der rund 26,5 Millionen Iraker sind von der Wasserversorgung abgeschnitten, acht Millionen Menschen benötigen dringend Nahrungsmittel und Medikamente über vier Millionen sind auf der Flucht.³

Die Welt sieht zu, wie eine ganze Gesellschaft systematisch zerstört wird. Einst eines der entwickeltsten Länder der gesamten Region ist der Irak mittlerweile in sozialer und wirtschaftlicher Sicht auf das Niveau der ärmsten afrikanischen Staaten hinabgeworfen worden.

Hinzu kommt noch die alltägliche Gewalt, Behördenwillkür und Missachtung der Menschenrechte, die das Leben der Iraker endgültig zur Hölle machen. Darüber wird in den Medien so wenig berichtet, wie über den tödlichen Krieg der Besatzer. Die täglichen Nachrichten beschränken sich auf Autobomben- und Selbstmordanschläge

auf Zivilisten. Die Gewalt erscheint so allein als Folge konfessioneller Spannungen und des Kampfes radikaler Kräfte gegen die neue Ordnung, die tatsächliche Zahl der Opfer wird systematisch heruntergespielt. Wie Studien vor Ort zeigen, sind aber die Besatzungstruppen und die mit ihnen verbündeten Kräfte selbst für das Gros der Opfer verantwortlich. Deren Brutalität und die desaströsen Lebensbedingungen treiben daher auch immer größere Teile der Bevölkerung in den aktiven Widerstand. Der erste Schritt zur Stabilisierung der Lage im Irak kann daher nur der rasche Abzug der Besatzungstruppen sein. Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse steht dieser in Washington jedoch nicht zur Debatte.

Die Gewaltopfer im Irak seit Beginn der Besatzung

Nach Angaben der UN-Mission im Irak (UNAMI) wurden im zweiten Halbjahr 2006 allein in Bagdad monatlich über 2.000 Opfer von Gewalt registriert, 70 bis 100 jeden Tag. Dieses hohe Niveau setzte sich nach Angaben des zentralen Bagdader Leichenschauhauses auch 2007 fort. Die Gesamtzahl der in 2006 Ermordeten beziffert UNAMI mit 34.452.⁴ Dabei handelt sich aber nur um die Opfer, die von Kranken- und Leichenschauhäusern erfasst wurden – unter den herrschenden Kriegsbedingungen nur ein Teil der tatsächlichen Getöteten. Die meisten Toten, insbesondere in abgelegenen oder gerade umkämpften Gebieten, werden meist sofort an Ort und Stelle begraben.

Aufschluss über die tatsächlichen Opferzahlen können nur Nachforschungen vor Ort bringen. Ein amerikanisch/irakisches Team unter Leitung renommierter Wissenschaftler der *Bloomberg School of Public Health* an der *John Hopkins University* hat dies bereits zweimal im Abstand von 18 Monaten getan und eine repräsentative Auswahl von Haushalten nach den Todesfällen in ihren Familien befragt. Die Ergebnisse der zweiten Studie, bei der 1850 Haushalte mit insgesamt 12.000 Personen einbezogen waren, wurde Anfang Oktober 2006 in der angesehenen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* veröffentlicht.

Sie machten das ganze Ausmaß des Schreckens sichtbar. Ungefähr 655.000 Iraker und Irakerinnen waren demnach bis Juni 2006 an den Folgen von Krieg und Besatzung gestorben, über 600.000 von ihnen wurden Opfer von Gewalt. Es handelt sich natürlich um Schätzwerte. Die tatsächliche Zahl der Opfer liegt zwischen 390.000 und 940.000.

Kurzfristiges Aufsehen erregte in den Medien nur die erschreckend hohe Zahl. Noch alarmierender ist aber, dass sich die Zahl der Gewaltopfer jedes Jahr fast verdoppelte, von 90.000 über 180.000 auf 330.000. Da die Gewalt weiter eskalierte, müssen wir für das Jahr 2006 sogar mit mehr als 330.000 getöteten Irakern rechnen, d.h. mit dem 10-fachen der UNO-Angaben. Alle Informationen deuten daraufhin, dass sich der Trend 2007 fortsetzte und die Millionengrenze mittlerweile überschritten wurde.⁵

Einige der an der Lancet-Studie beteiligten Wissenschaftler haben mit der gleichen Methode auch in anderen Konflikten, wie z.B. in der sudanesischen Provinz Darfur, die Zahl der Opfer geschätzt. Während diese Zahlen ohne weiteres akzeptiert wurden und als Basis internationaler Kampagnen und Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats dienten, stießen die Ergebnisse der Irak-Studien im Westen auf breite Ablehnung. In Australien wandten sich daraufhin 27 führende Experten auf dem Gebiet der Epidemiologie und Bevölkerungsstatistik in einem Schreiben an die Öffentlichkeit und bescheinigten der Studie, methodisch korrekt zu sein und somit die besten aktuell verfügbaren Daten über die Sterblichkeitsraten im Irak zu liefern. Auch wenn die Genauigkeit immer ein Problem sei, so könne man doch sicher sagen, dass die Zahl der Opfer auf alle Fälle über 390.000 liege und sogar bis zu 940.000 betragen könne.⁶

Mit wenigen Ausnahmen stellten sich alle hierzu befragten Experten hinter die Studie, dennoch wurde sie, meist nur aufgrund der unfassbaren Zahl, als spekulativ verworfen und in den Medien größtenteils ignoriert.⁷ Kenner der Situation im Irak, wie der Nahostexperte Juan Cole, wiesen hingegen nach, dass die Ergebnisse der Lancet-Studie sehr wohl auf Basis der verfügbaren Berichte über das Ausmaß der Gewalt nachvollziehbar sind.⁸

Die Diskrepanz zur Zahl der registrierten Toten ist nach der Erfahrung von Experten nicht ungewöhnlich. In keinem Konflikt konnte man durch „passive Beobachtung“ mehr als 20% der Opfer erfassen, heißt es in der jüngsten Lancet-Studie. In den heißen Phasen des Bürgerkrieges in Guatemala z.B. waren nur 5% erfasst worden.

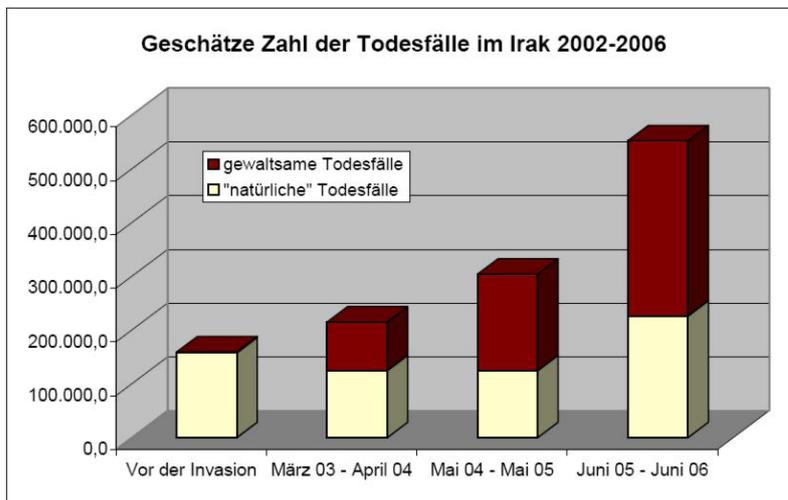
Die Verantwortung der Besatzer für die Opfer im Irak

Schockierende Filmaufnahmen von brutalen US-amerikanischen Angriffen hatten entscheidend zur Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg beigetragen. Die führenden Kreise in den USA und Europa haben daraus gelernt. Die Kämpfe ihrer Truppen in Afghanistan und Irak finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bilder gibt es, wenn überhaupt, nur ab und zu von ausgewählten, „eingebetteten“ Journalisten.

So wird zwar durchaus täglich über den Irak berichtet, wenig davon ist allerdings geeignet, sich ein realistisches Bild von den Verhältnissen im Irak zu machen. Meist werden die fürchterlichen Lebensbedingungen und die Gewalteskalation auf alles Mögliche zurückgeführt, nur nicht auf eines – die Besatzung selbst. Zu diesem Schluss kamen auch dreißig Friedens- und Menschenrechtsgruppen in einem vor kurzen veröffentlichten Bericht über Krieg und Besatzung im Irak.⁹ Obwohl die Besatzung die zentrale politische Realität im Irak sei, verschwinde im westlichen Diskurs die Rolle der Besatzungsmacht im Land und die von Besatzungstruppen ausgeübte Gewalt völlig im Hintergrund.

Im Bemühen, die zentrale Verantwortung der Besatzungsmacht für den Großteil von Gewalt, Korruption und konfessionelle Spannungen herauszustrichen, liefert der unter Federführung des *Global Policy Forum* verfasste Report einen sehr guten, auf zahlreiche Quellen gestützten Überblick über den brutalen Krieg der USA und ihrer Verbündete gegen ihre Gegner im Land. Einem Krieg, der Tag für Tag mehrere Hundert Opfer fordert und die irakische Gesellschaft systematisch zerstört.

Wer hingegen nur die Nachrichten verfolgt, wird angesichts der Berichterstattung überzeugt davon sein, dass die meisten Ermordeten im Irak Opfer von Autobomben, Selbstmordattentaten etc. wurden. Wie die Lancet-Studie jedoch zeigt, ist dieses Bild falsch. In Wirklichkeit sind es die Besatzungstruppen selbst, die für die meisten Opfer von Gewalt verantwortlich sind. 31 Prozent aller Gewaltopfer wurden von westlichen Truppen getötet, hauptsächlich durch Luftangriffe und Artilleriegeschosse. Ihre absolute Zahl hat sich zwischen 2003 und 2006 fast verdreifacht (siehe Grafik). Sicherlich noch einmal so viel dürften bei gemeinsamen Angriffen mit irakischen Truppen umgekommen sein. Sie verbergen sich hinter den 45 Prozent der Opfer, bei denen nicht eindeutig festgestellt werden konnte, ob ausländische Soldaten oder Iraker die Täter waren.



Quelle: Lancet-Studie 2006

Die Zahlen werden von einer Umfrage des Pentagons unter US-Soldaten untermauert, die enthüllte, mit welcher Menschenverachtung die meisten von ihnen im Irak agieren. Weniger als die Hälfte hielten es demnach für nötig, dass Nicht-Kombattanten mit „Würde und Respekt“ zu behandeln seien. 14% gaben an, direkt verantwortlich für den Tod eines „feindlichen Kämpfers“ zu sein. Bei über 650.000 Soldaten, die mittlerweile im Irak Dienst taten, kommt da eine Menge zusammen – dass es sich dabei nur um „Kämpfer“ handelte, darf stark bezweifelt werden. Auch wenn wir für eine grobe Schätzung vernachlässigen, dass viele sicherlich mehr als eine Person getötet haben, so ergeben sich über 90.000 getötete Iraker.¹⁰

Breite Ablehnung der Besatzung und wachsender Widerstand

So schräg wie die Darstellung der irakischen Verhältnisse, ist auch das Bild, das westliche Medien und Expertengruppen von den Kräften zeichnen, die sich den US-Plänen im Zweistromland entgegenstellen. Nicht nur der bewaffnete Widerstand wird pauschal als Terror diffamiert: da das Fortbestehen der Besatzung ausgeblendet und der von den USA initiierte „politische Prozess“ als alternativloser Weg hingestellt wird, hin zu einem, wenn schon nicht demokratischen, so doch wenigstens stabilen Irak, erscheinen alle Gegner durchweg als fanatische Extremisten, als Saboteure des Friedens und der Demokratie.

Wie der NGO-Report unter Leitung des *Global Policy Forum* zeigt, führte dieser „politische Prozess“ zu einem abhängigen Regime, getragen von extremistischen Parteien, die im Windschatten der Besatzung ihre separatistischen bzw. sektiererisch-islamistischen Ziele verfolgen. Die Milizen dieser Parteien stellen das Gros der Sicherheitskräfte und werden für einen großen

Teil der Gewalt im Land verantwortlich gemacht. Dieses Regime, in dem Repression, willkürliche Verhaftungen, Folter und Exekutionen alltäglich sind, hat die Opposition gegen die Besatzung massiv verstärkt. Um sie zu brechen, griff die Besatzungsmacht zu immer massiveren und brutaleren Methoden der Aufstandsbekämpfung, die wiederum ganz selbstverständlich immer größere Teile der Bevölkerung erst recht in den aktiven Widerstand trieben. Befürwortete laut Umfragen westlicher Institute anfänglich nur ein knappes Fünftel aller Iraker bewaffnete Angriffe auf die Besatzer, so waren es im Herbst letzten Jahres nach diesen, eher konservativen Schätzungen bereits fast zwei Drittel, unter den Sunniten lag der Anteil sogar bei 91%.¹¹ Die Besatzer sehen sich offensichtlich einem regelrechten Volksaufstand gegenüber.

Vor diesem Hintergrund wächst nicht nur der zivile Widerstand – beispielsweise der Ölarbeiter-Gewerkschaften¹² –, sondern auch die militanten Gruppen haben ungeachtet der Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Besatzer immer größeren Zulauf. Guerillagruppen operieren nicht nur im so genannten sunnitischen Dreieck im Zentrum Iraks, sondern in unterschiedlicher Konzentration von Mossul im Norden bis Basra im Süden. In weite Gebiete wagen sich die Besatzungstruppen seit Langem nur noch in großen Verbänden. Die britische Armee hat in zwei südlichen Provinzen ihre Basen komplett geräumt und sich auch aus Basra auf ihren letzten großen Stützpunkt außerhalb der Stadt zurückgezogen. Die Briten werden voraussichtlich 2008 ihre Truppen weit gehend abziehen, die Dänen, die die Briten im Süden unterstützten, gingen schon voraus. Offiziell wird dies zwar als Übergabe der Kontrolle an die irakische Armee verkauft, aber zahlreiche Äußerungen britischer Offiziere zeigen deutlich, dass die Lage für die noch knapp

5.500 britische Soldaten schlicht unhaltbar wurde.¹³

Die täglichen, allgegenwärtigen Angriffe auf Militärkonvois behindern erheblich die Beweglichkeit und die Versorgung der Truppen im ganzen Land. Jeder siebte, von zivilen Sicherheitsfirmen gesicherte, Nachschubkonvoi – und dies ist die Mehrzahl der Transporte – gerät unter Beschuss.¹⁴ Die Zahl und Treffsicherheit von Angriffen mit Mörsern und Boden-Boden-Raketen auf

stark befestigte Stellungen nimmt ebenfalls stetig zu. Neben den großen Militärbasen sind dadurch zunehmend auch die Einrichtungen in der „Grünen Zone“ gefährdet.¹⁵

Auch die Erhöhung der Zahl der Kampftruppen um knapp 30.000 Soldaten brachte für die US-Armee keine nennenswerte Besserung ihrer Lage. Im Gegenteil: Die Zahl der gravierenden Angriffe stieg auf 5000 im Monat.¹⁶ Das zweite Quartal 2007 war mit 331 getöteten Soldaten das bisher tödlichste seit Beginn des Krieges. Ein Rückgang der Verluste im Juli auf 79 wurde von Washington als Beweis präsentiert, dass die neue Strategie nun doch greife. Im Juli war die Zahl der Angriffe aufgrund der mörderischen

Hitze immer stark zurückgegangen. Im Juli des Vorjahres waren es jedoch nur 43 gewesen.¹⁷

Unabhängig von den unmittelbaren Verlusten, die sie den Besatzungstruppen zufügen, zermürben die pausenlosen Attacken deren Moral. Aussagen von Soldaten gegenüber dem britischen Observer bestätigen, was prominente Militärexperten, darunter der frühere Generalstabschef und Außenminister der USA, General Colin Powell, seit Monaten betonen: die US-Armee ist „im Begriff zu zerbrechen“. Nur ein Drittel der regulären Armeeeinheiten könnten als „kampftauglich“ gelten. Die Zahl der Desertionen und unerlaubten Entfernun-

gen von der Truppe hat sich seit Beginn des Afghanistanfeldzuges verdreifacht. Selbst Offiziere mit einer Elite-Ausbildung in West Point verlassen in einer Häufigkeit die Armee, wie sie seit 30 Jahren nicht beobachtet wurde. Bereits jetzt fehlen der US-Armee 3.000 Offiziere und das Loch wird immer größer. Hinzu kommt, dass die Kriege in Irak und Afghanistan mittlerweile 40% des gesamten Equipments der Armee zerstört oder verschlissen haben.¹⁸

Abzug der Besatzer nicht in Sicht

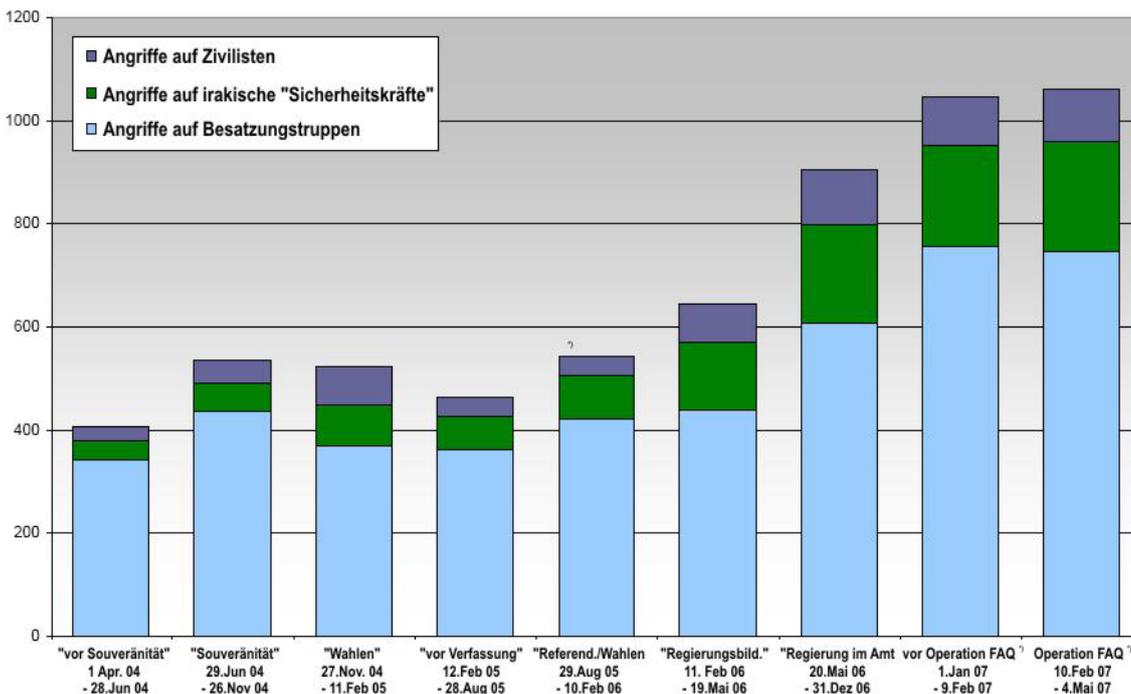
Unter diesen Umständen begann auch die führende Zeitung der USA, die New York Times zum Rückzug zu blasen. In einem viel beachteten Leitartikel, der ein Gefühl

von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung vermittelte, forderte das einflussreiche Blatt zum ersten Mal die rasche Einleitung eines geordneten Rückzugs.¹⁹ Zahlreiche weitere Zeitungen des Landes schlossen sich an. „Rückzug“ ist jedoch nicht ganz das richtige Wort. Tatsächlich geht es eher um eine Umgruppierung der Truppen: Aufgabe all der Landesteile, in denen sie ohnehin nichts ausrichten können und Sta-

Quelle der Gewalt:	Zeitraum			Gesamt	
	März 03 - April 04	Mai 04 - Mai 05	Juni 05 - Juni 06	%	Todesfälle (hochgerechnet)
Besatzungstruppen	35,6%	38,9%	26,1%	31,5%	189.000
andere	8,9%	18,9%	30,3%	23,5%	141.000
unbekannt oder unsicher	55,6%	42,2%	43,6%	45,0%	271.000
Schusswaffen	80,0%	51,1%	52,7%	56,0%	336.000
Autobombe	2,2%	7,8%	18,2%	12,6%	76.000
andere Explosion / Artilleriemunition	2,2%	23,3%	12,1%	14,2%	86.000
Luftangriff	13,3%	14,4%	12,1%	13,2%	80.000
unbekannt oder unsicher	0,0%	2,2%	2,4%	2,0%	12.000
Unfall	2,2%	1,1%	2,4%	2,0%	12.000
Gewaltsame Todesfälle gesamt	90.000	179.000	328.000	100,0%	601.000

Quelle: Lancet-Studie 2006

Durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Angriffe: April 2004 - 4. Mai 2007



Quelle: Multinational Force-Iraq (MNF-I), Juni 2007 *) FAQ: "Operation Fardh al-Qanoon" (New Way Forward) aus: "Measuring Stability and Security in Iraq", Report to Congress, Department of Defense, June 2007

tionierung eines Teils in Regionen, wo sie sicherer sind, d.h. im kurdischen Autonomiegebiet, vielleicht auch in einigen Orten im Süden sowie einen Teil in den angrenzenden Ländern. Auf diese Weise sollen genügend Truppen verbleiben, so die NYT, „um effektive Schläge und Luftangriffe gegen terroristische Kräfte im Irak führen zu können.“ An eine vollständige Aufgabe der Kontrolle über das Land denken auch die meisten Rückzugsbefürworter nicht.

Konsens in Washington wie in den europäischen Hauptstädten bleibt, die irakische Regierung zu stärken und den Ausbau einer US-loyalen Armee zu forcieren – mit anderen Worten, einige irakische Kräfte gegenüber dem mehrheitlichen Rest in Stellung zu halten. Dies ist auch das Urteil der *International Crisis Group* (ICG). In einer recht realistischen Analyse zeigen sich die Experten der transatlantischen Denkfabrik, wie viele andere, überzeugt, dass die dominierenden Kräfte in der Regierung den Kreislauf aus intensivierter Gewalt und Gegengewalt anheizen, um Nutzen aus einer Polarisierung der Gesellschaft ziehen zu können. Gleichgültig gegenüber den nationalen Erfordernissen, würden deren politische Führer zunehmend zu „Warlords.“²⁰ Ausgerechnet die „Sicherheitskräfte“, die offensichtlich mitverantwortlich für den aktuellen schmutzigen Krieg sind, zur Verringerung der Gewalt auszubauen, habe „die Weisheit einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung: Schritte, die genau den Prozess beschleunigen werden, den sie zu verhindern vorgeben“, stellten die ICG-Experten treffend fest. Dasselbe gilt allerdings auch für die weitere Präsenz der Besatzungstruppen, die mittlerweile von vielen westlichen Beobachtern als letztes Bollwerk gegenüber eskalierendem Chaos und umfassendem Bürgerkrieg angesehen werden. Chaos und Gewalt sind jedoch längst Alltag im Irak und die westlichen Truppen tragen hieran die maßgebliche Verantwortung, weshalb - bei all den sicherlich hiermit ebenfalls verbundenen Schwierigkeiten - nur ihr Abzug den Weg für eine dauerhafte Stabilisierung ebnen kann.

Mögliche Lösungsansätze

Patentlösungen, wie die Gewalt beendet und das Land wieder stabilisiert werden kann, gibt es nicht. Sicher ist nur, dass die Besatzung keinen Beitrag dazu leisten kann. Konflikte zwischen rivalisierenden irakischen Kräften werden auch nach einem Abzug der Besatzungstruppen nicht einfach verschwinden. Die Bestrebungen der Besatzungsgegner, die aufgezwungenen Regelungen rückgängig zu machen, werden selbstverständlich auf den Widerstand der

bisherigen Nutznießer stoßen. Der fehlende Schutz durch ausländische Truppen würde ihre Möglichkeiten aber drastisch verringern und könnte dazu beitragen, dass sie ihre Ambitionen kräftig runterschrauben.

Auch Rory Stewart, einst hochrangiges Mitglied der Besatzungsbehörde, ist überzeugt, dass die meisten irakischen Politiker kompetenter, besonnener und kompromissfähiger sind, als im Westen angenommen wird. Er geht davon aus, dass der irakische Nationalismus die konfessionellen Spannungen „übertrumpfen“ würde, wenn die Präsenz der US-Truppen nicht einige Kräfte ermutigen würde, „aufs Ganze zu gehen.“²¹

Über die prinzipiellen Schritte herrscht daher unter unabhängigen Experten durchaus Einigkeit. Der erste Schritt müsste auf alle Fälle die sofortige Einstellung aller offensiven Operationen der Besatzungstruppen sein, verbunden mit der Vereinbarung eines verbindlichen Zeitplans für den zügigen Abzug aller zivilen und militärischen Kräfte der Besatzungsmächte. Das würde den Weg für Verhandlungen unter Einbeziehung aller irakischen Akteure freimachen. Die größeren Guerillaorganisationen haben stets ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt, sollte es einen solchen verbindlichen Zeitplan geben. Weitere Maßnahmen zur Deeskalation wären u.a. ein Moratorium in der Frage des Föderalismus, in dem viele Iraker das Ende der staatlichen Einheit sehen und eine Verschiebung der Entscheidung über die Zugehörigkeit der von den Kurdenparteien beanspruchten ölfreien Provinz Kirkuk.²²

Die Vorschläge decken sich weitgehend mit denen, die aus den Reihen des politischen und militärischen Widerstands im Irak selbst kommen und bereits recht konkrete Konturen angenommen haben. Seit Frühjahr 2005 diskutieren im Rahmen der „Nationalen irakischen Initiative zur bedingungslosen Beendigung der Besatzung“ über hundert Vertreter diverser irakischer Gruppierungen, irakische Wissenschaftler und prominente Persönlichkeiten über detaillierte Pläne für ein Ende der Besatzung sowie die Zeit danach. Die Schirmherrschaft hat das Beirut „Centre For Arab Unity Studies“ (CAUS) übernommen, eine der bedeutendsten arabischen Denkfabriken. Treibende Kraft ist ihr Generaldirektor, Dr. Khair El-Din Haseeb. Dieser hatte, bis er 1974 ins Exil ging, hohe Ämter im Irak bekleidet, wie z.B. die Führung der Irakischen Zentralbank.

Ende 2005 wurden die gemeinsam erarbeiteten „grundlegenden Prinzipien“ eines Friedensplans veröffentlicht. Im September 2006 schließlich erschienen detaillierte

Pläne, inklusive den Entwürfen einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes, als 250-Seiten starkes Buch mit dem Titel „Iraks Zukunft planen: ein detailliertes Projekt zum Aufbau des Iraks nach der Befreiung.“²³ Die große Bedeutung des Projektes liegt darin, dass es offenbar gelang, einen Großteil der Besatzungsgegner einzubinden. Zweidrittel der Beteiligten, die aus allen Bevölkerungsgruppen kommen, leben noch im Irak, keiner jedoch hat – dies war Voraussetzung – Verbindungen zur aktuellen Regierung.

Der erste Schritt müsste auch nach diesem Plan die Vereinbarung eines verbindlichen Zeitplans von maximal sechs Monaten für den Abzug der Besatzungsmächte sein. Die Besatzungstruppen müssten sich in dieser Zeit aus den Städten in gemeinsam vereinbarte Basen zurückziehen. Der „irakische nationale Widerstand“ würde unter diesen Bedingungen einen Waffenstillstand erklären, die Waffen allerdings zunächst behalten. Erst nach dem vollständigen Abzug aller Besatzungskräfte sollen alle bewaffnete Gruppen und Milizen aufgelöst werden.

Unter der Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrates und in Absprache mit dem „nationalen Widerstand“ und allen anderen politischen Kräften, die nicht mit den Besatzern kollaboriert haben, soll eine zweijährige Interimsregierung gebildet werden, deren Mitglieder bei den folgenden Wahlen von der Kandidatur ausgeschlossen sind. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Regierung wäre der Aufbau einer Armee und einer Polizei, die national orientiert und politisch neutral sind. Innerhalb eines Jahres müssten Neuwahlen durchgeführt werden – nach verbessertem Wahlgesetz und unter Kontrolle der UNO, arabischen Liga, Amnesty International und anderen internationalen Organisationen. Die wichtigste Aufgabe des neuen Parlaments, wäre die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Auch alle Verträge über die Ölproduktion, die während der Besatzung abgeschlossen wurden, würden annulliert, da der Abschluss solcher weitreichender Abkommen unter Besatzungsherrschaft nach internationalem Recht illegal ist. Das gleiche gelte für die von der kurdischen Regionalregierung mit ausländischen Konzernen abgeschlossenen Verträge. Von den USA und Großbritannien wird für die ersten sechs Monate die Bereitstellung von mindestens 50 bzw. 20 Milliarden US-Dollar für Wiederaufbau und Wiedergutmachung verlangt. Dies wäre gerade die Hälfte der Summe, die sie aktuell pro Jahr für den Krieg ausgeben. Außerdem sieht der Plan die Streichung der Reparationsforderungen an den Irak auf Basis früherer UN-Resolutionen vor und

die Rückerstattung von Zahlungen, die bereits an andere Staaten geleistet wurde.

Vorschläge gibt es auch zum Wiederaufbau, der Ölindustrie, Freiheit der Medien, der Überwindung konfessioneller Spannungen oder dem Streben der kurdischen Parteien nach Unabhängigkeit. So sollen sich die drei bereits seit 1991 autonomen kurdischen Nordprovinzen demnach auch weiterhin weit gehend selbst regieren können, „in einer Weise, die die nationalen und kulturellen Rechte Kurdistans innerhalb der irakischen Einheit und Souveränität gewährleistet“. Der von den kurdischen Regierungsparteien angestrebte Anschluss des ölreichen Kirkuks wird hingegen abgelehnt. Ein gewisser Grad an Föderalismus wird zwar befürwortet, das Prinzip soll aber nicht die regionale Vorherrschaft einzelner ethnischer Gruppen sein, sondern die Gewährleistung der vollen kulturellen und politischen Rechte für alle Bevölkerungsgruppen im ganzen Land.

Insgesamt dominiert bei den Vorschlägen noch etwas eine arabisch nationalistische Sichtweise, die sicherlich so nicht von allen wichtigen, oppositionellen Kräften des Landes geteilt wird, von den irakischen Verbündeten der USA ganz zu schweigen. Da die Autoren sich jedoch Mühe gaben, konsensfähige Positionen zu formulieren, könnten sie eine gute Grundlage für Verhandlungen sein. Ein Ausschluss aller Kräfte, die mit den Besatzern kollaboriert haben, dürfte praktisch weder machbar

noch im Blick auf die Eindämmung der Gewalt, politisch sinnvoll sein.

Anmerkungen

¹ Iraq Living Conditions Survey 2004, UNDP, 12 May 2005, <http://www.iq.undp.org/ILCS/overview.htm>

² Dahr Jamail and Ali Al-Fadhily, „Medical System Becomes Sickening“, Inter Press Service, 23.11.2006

³ Rising to the humanitarian challenge in Iraq, Oxfam, 30.7.2007

⁴ UNAMI, Human Rights Report, 1. Nov. – 31. Dec. 2006, sowie „Baghdad Morgue Overflowing Daily“, IPS, 14.4.2007

⁵ Siehe „Iraqi Death Estimator“, Just Foreign Policy's Website, <http://www.justforeignpolicy.org/>, sowie „More than 1,000,000 Iraqis murdered“, ORB Opinion Research Business, Sept. 2007, <http://www.opinion.co.uk>

⁶ „The Iraq deaths study was valid and correct – 27 academics in the fields of the medical sciences attest“, The Age, 21.10.2006

⁷ Siehe Democracy and Debate - Killing Iraq, MediaLens, 18.10.2006

⁸ siehe Juan Cole, „655,000 Dead in Iraq since Bush Invasion“, 11.10.2006 u.a. das von US-Abgeordneten Dennis Kucinich und Ron Paul organisierte „Congressional Hearing on Civilian Casualties in Iraq“

⁹ „War and Occupation in Iraq“, Global Policy Forum, Juni 2007

¹⁰ Mental Health Advisory Team, OIF, Final Report, 17.11.2006, http://www.armymedicine.army.mil/news/mhat/mhat_iv/mhat-iv.cfm

¹¹ „The Iraqi Public on the US Presence and the Future of Iraq“, WorldPublicOpinion.org, 27.9.2006,

¹² Die wichtigste Dachorganisation, die einen guten Teil des zivilen Widerstands umfasst, ist der Irakische Nationale Gründungskongress

(Iraqi National Foundation Congress, INFC). Der INFC wurde im Mai 2004 nach dem Vorbild des Afrikanischen Nationalkongress (ANC) gegründet. Er vereint über hundert Organisationen und zahlreiche prominente Persönlichkeiten. Unter ihnen sind religiöse Kräfte aller Konfessionen, aber auch säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, Stammesführer etc. Einbezogen sind sowohl Kräfte die Ayatollah al-Sistani oder Muqtada al Sadr nahe stehen als auch welche, die Beziehungen zum bewaffneten Widerstand haben.

¹³ siehe z.B. „Serving British soldier exposes horror of war in ‚crazy‘ Basra“, Independent, 27.4.2007 und „British hand over province to Iraqi control“ Los Angeles Times, 19.4.2007

¹⁴ „Iraq Contractors Face Growing Parallel War“, Washington Post, 16.6.2007

¹⁵ „Green Zone Under Fire“, Iraqslogger, 3.5.2007 „Iraq Prognosis“, Informed Comments, 5.5.007

¹⁶ „Out of the shadows“, Guardian, 19.7.2007

¹⁷ Iraq Coalition Casualty Count, <http://icasualties.org>

¹⁸ „Fatigue cripples US army in Iraq“, The Observer, 12.8.2007

¹⁹ „The Road Home“, New York Times, 8.8.2007

²⁰ „After Baker-Hamilton – What to do in Iraq“, ICG, 19.12.2006

²¹ „Rory Stewart - Former CPA Official - Discusses Withdrawal“, Iraqslogger.com, 15.5.2007

²² siehe z.B. „After Baker-Hamilton ..“, a.a.O. und Dennis Kucinich 12-Punkte-Plan, „HR 1234 - The Plan to End the Iraq War“, der im Januar 2007 dem US-Repräsentantenhaus vorgelegt wurde

²³ Khair El-Din Haseeb, „Planning Iraq's Future: A detailed project to rebuild post-liberation Iraq“, CAUS, September 2006, <http://www.caus.org.lb/Home/material.php?id=24>

„Krieg gegen Terror“ - Der permanente Ausnahmezustand

Seit dem 12. September 2001 wird ein so genannter „Krieg gegen den Terror“ geführt. Die NATO hat damals den Bündnisfall ausgerufen, weil sie die Anschläge in New York und Washington fälschlicherweise als militärischen Angriff gewertet hat. Wie dieser Bündnisfall zurückgenommen werden kann, weiß kein Mensch.

Inzwischen wird weltweit ein so genannter Krieg gegen den Terror geführt, zum Beispiel in Afghanistan. Dort gibt es Stück für Stück eine zunehmende Irakisierung. Im Inneren werden immer mehr Grund- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Man könnte das Ganze als einen permanenten Ausnahmezustand beschreiben.

Es gibt den EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung. Innerhalb dieses EU-Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung wird eine ganze Reihe von Punkten benannt, die die EU-Mitgliedstaaten und die EU selbst umsetzen oder umsetzen sollen. Wir erleben im Moment einen umfangreichen Aktionismus insbesondere des deutschen Innenministers

Wolfgang Schäuble. Er nennt inzwischen alles Mögliche Terrorismus und geht deutlich über das Ziel dessen hinaus, was tatsächlich notwendig wäre.

Zunehmend werden in Deutschland polizeistaatliche Methoden angewandt. So hat es jüngst Festnahmen in Deutschland gegeben und die Leute wurden wegen Terrorverdacht nach dem so genannten Paragraphen 129a angeklagt. Einige Menschen sollen einen Armeelastwagen angezündet haben. Weitere Mitangeklagte haben Verfahren am Hals, weil sie in ihren wissenschaftlichen Arbeiten ähnliche Fachbegriffe benutzen haben, wie in Bekenner schreiben für Brandanschläge gegen Sachen zu finden sind. Das ist skandalös!

Nach den Terroranschlägen in London hat die Schriftstellerin A. L. Kennedy eine sehr interessante Äußerung gemacht, die ich hier zitieren will: „Niemand erwähnt, dass die Zahl der Opfer, so schrecklich sie war, in Bagdad an den meisten Tagen als recht gemäßigt gelten würde. Niemand erwähnt, dass Blair mit seinem

Entschluss, unsere Soldaten für Profite in den Krieg zu schicken, auch sein Land in Gefahr gebracht hat. Niemand erwähnt, dass unsere Aktionen die Häufigkeit und Intensität der Terroranschläge nur erhöht haben. Niemand erwähnt, dass wir selbst das Foltern von Gefangenen mit der Behauptung gerechtfertigt haben, dadurch könnten Anschläge wie diese verhindert werden. Niemand erwähnt, dass für weite Teile der Welt wir die Terroristen sind.“ (FAZ, 9.7.2005)

Genau das muss vermieden werden. Es gibt nicht den Terrorismus oder „den Terror“. Es gibt verschiedenste Gruppen und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen fälschlicherweise meinen, terroristisch vorgehen zu müssen. Wer da pauschal heran geht, macht den entscheidenden Fehler. Die unterschiedlichen Ursachen und Motive müssen analysiert werden. Grund- und Bürgerrechte dürfen nicht noch weiter außer Kraft gesetzt werden.

Tobias Pflüger